



Einer von 15 österreichischen Eurofightern im Fliegerhorst Hinterstoisser in Zeltweg. Foto: APA/Schneider

Große Flugshow in ihrer zweiten Auflage

Wien – Der zweite Eurofighter-Untersuchungsausschuss ist vor allem einer mit konkretem Ablaufdatum: Weil am 13. Juli die Neuwahl im Herbst beschlossen wird, ist für den U-Ausschuss am Tag davor Schluss. Grüne und FPÖ haben deshalb den Zeitplan und die Liste der Auskunftspersonen überarbeitet. Statt neun gibt es nun 14 Sitzungen. Zum Auftakt stehen sogar drei Sitzungstage hintereinander am Plan. Ziel ist es, nicht nur das erste Beweisthema zum Vergleich 2007 abzuschließen, sondern auch in den Bereich zu „unzulässigen Zahlungsflüssen“ rund um den Jet-Kauf einzutauchen.

Gleich am zweiten Sitzungstag ist Ex-Verteidigungsminister Norbert Darabos (SPÖ) geladen – davon erwarten sich alle Fraktionen Aufschlussreiches. Der nunmehrige burgenländische Landesrat wurde vor zehn Jahren schon im ersten U-Ausschuss befragt. Das war allerdings vor seinem umstrittenen Vergleichsabschluss vom Juni 2007. Zur Erinnerung: Darabos hatte mit dem Hersteller EADS ausverhandelt, dass nur 15 (teils gebrauchte) statt 18 Flieger gekauft werden sollen.

Wie FPÖ-Fraktionsführer Walter Rosenkranz gegenüber der APA erklärte, gehe aus den dem Aus-

schluss vorliegenden Akten hervor, dass es sachliche Einwände gegeben habe, altes Gerät zu kaufen. Die Frage sei nun, ob Darabos davon gewusst habe. Bis zuletzt hat der ehemalige Verteidigungsminister daran festgehalten, damals das Bestmögliche ausverhandelt zu haben.

Erster Zeuge zum Ausschuss-Auftakt am Mittwoch ist Wolfgang Peschorn, Präsident der Finanzprokuratur. NEOS-Vertreter Michael Bernhard will etwa wissen, warum die Finanzprokuratur als Anwalt der Republik in den Vergleich nicht involviert gewesen sei. (TT, APA)

„Wir sind

Im Gespräch mit der TT macht Sebastian Kurz Angaben dazu, wie er Österreich in eine positive Richtung verändern will. Das fertige Programm wird er Anfang September präsentieren.

Von Mario Zenhäusern

Wien – Der designierte ÖVP-Obmann Sebastian Kurz hat klare Vorstellungen, in welche Richtung sich Österreich seiner Meinung nach entwickeln muss. „Wir sind zuletzt ein paar Mal falsch abgelenkt“, sagt er im Gespräch mit der *Tiroler Tageszeitung*, der er einen Einblick in seine inhaltliche Positionierung gab. Ab Mitte Juni wird er durch die Bundesländer touren und sein Programm im Rahmen von Österreich-Gesprächen diskutieren.

Kurz will „mit der Bevölkerung, mit Menschen aus der Praxis auf der einen Seite und zugleich mit Expertinnen und Experten auf der anderen Seite einen Austausch suchen“. Und der 30-Jährige setzt auf einen neuen Stil: „Wir wollen die anderen nicht anpatzen. Außerdem werde ich meinem bisherigen Stil treu bleiben und Un-

angenehmes ansprechen, wo es notwendig ist.“ Das fertige Arbeitsprogramm präsentiert Kurz Anfang September.



„Unser System hat den Grundsatz, zuerst hoch zu besteuern, um dann großzügig Förderungen zu vergeben.“

Sebastian Kurz (ÖVP-Chef) Foto: APA/Techt

Inhaltlich gibt er der TT gegenüber drei Schwerpunkte preis. Kurz will den Standort Österreich aufpolieren: „Unser Wirtschaftswachstum war früher weit über dem EU-Schnitt, heute liegen wir unter den EU-27 auf

Widerstand gegen Rot-Blau lässt intern nach

Wien – Strikte Gegner einer Regierungsbeteiligung der FPÖ können nicht mehr mit einer Absage der Sozialdemokraten rechnen, heißt es im aktuellen *profil*. Kärntens Landeshauptmann Peter Kaiser etwa sagt, auch

ihm werde der Abschied vom Dogma „Niemals mit der FPÖ“ weh tun, doch das sei „Realismus“. Dass es die SPÖ dabei zerreiße, glaubt Kaiser nicht. Auch Ex-Gewerkschafter Hans Sallmutter kann sich Rot-Blau vorstellen. (TT)



Glaubt an die Abkehr von der Vranitzky-Doktrin: Kaiser. APA

Beschwerde gegen Türkei-Veto

Tiflis, Wien – Der Nationalratsabgeordnete Hannes Weninger (SPÖ) hat NATO und EU aufgerufen, gegen die Blockadepolitik der Türkei in Sachen Teilnahme Österreichs an NATO-Partnerschaftsprogrammen vorzugehen.

Die Veto-Politik innerhalb der NATO-Partnerschaft für den Frieden dürften weder die NATO noch die EU hinnehmen. Hintergrund für die Blockade ist die ablehnende Haltung Österreichs zu einem EU-Beitritt der Türkei. (APA)